

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 5

Artikel: Vorarlberg
Autor: Linder
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330642>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

letariats — zwischen dem Gestern und dem Morgen — dauernd eine Mittlerrolle spielen zu können.

Darin liegt die Tragik der Demokraten, daß sie dem Bekennermut ausweichen. In einer Zeit doppelt bedeutsam, die Entscheide verlangt und neben den Arbeitern die fortschrittlich Gesinnten in der kleinbürgerlichen Intelligenz, in der Beamten-schaft und im Lager der Angestellten immer mehr davon überzeugt, daß es zwischen Fortschritt und Reaktion nur *eine* Wahl gibt, die Wahl zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie.

Vorarlberg.

Von Bundesrat *Linder*, Dornbirn.

Es sind nun elf Jahre her, daß das kleine Land Vorarlberg durch den angestrebten Anschluß an die Schweiz die Aufmerksamkeit auf sich lenkte. War die Anschlußbewegung in ihrem Anfang nur getragen von einem kleinen Kreis privater Personen, so gewann sie von dem Augenblick an Bedeutung, als auch offizielle Stellen sich damit befassen mußten und der damalige Vorarlberger Landtag eine Volksabstimmung über die Frage anordnete: «Wünscht das Vorarlberger Volk, daß der Landesrat der schweizerischen Bundesregierung die Absicht des Vorarlberger Volkes, in die Schweizerische Eidgenossenschaft einzutreten, bekannt gebe und mit der Bundesregierung in Verhandlungen eintrete?»

Diese der Volksabstimmung unterbreitete Frage wurde mit großer Mehrheit vom Volke mit «Ja» beantwortet und das Ergebnis der Abstimmung wurde, obwohl die Fragestellung zu nichts verpflichtete, in der Folge dahin ausgelegt, daß sich das Vorarlberger Volk durch die Abstimmung schon für den Anschluß an die Schweiz ausgesprochen habe. Auch in der Schweiz entwickelten die Anschlußfreunde eine rührige Tätigkeit, die zur Folge hatte, daß sich ein Teil der schweizerischen Presse für den Anschluß Vorarlbergs an die Eidgenossenschaft begeisterte und den angeblich dadurch für die Schweiz zu erwartenden Gewinn in politischer und wirtschaftlicher Beziehung in den lockendsten Tönen schilderte. Den Höhepunkt erreichte die Anschlußbewegung, als auf eine Interpellation des Ständerates *Winiger* (Luzern) namens des schweizerischen Bundesrates Bundesrat *Calonder* mit einer großen Rede antwortete, in welcher er ebenfalls die angeblichen Vorteile des Anschlusses aufzählte und in der er allerdings unter dem Schein strenger neutraler Korrektheit dennoch sehr offen die Vorarlberger zur Lostrennung von Oesterreich aufmunterte. Wenige Tage später bereitete der Oberste Rat in Paris dem ganzen Anschlußbrummel ein Ende, indem er durch seinen Machtspruch verkündete, daß das Land Vorarlberg bei Oesterreich bleiben müsse und die im

Friedensvertrag von St. Germain festgesetzten Grenzen der österreichischen Republik unverändert zu bleiben haben.

Damit war die ganze Anschlußfrage auch in der Tat erledigt. Geboren aus der damaligen Not der Zeit und aus den unsicheren Verhältnissen über die Zukunft der jungen österreichischen Republik, konnte die Anschlußfrage die Gemüter diesseits und jenseits des Rheins eine Zeitlang erhitzen. Heute existiert die Anschlußfrage nicht mehr, sie ist vom Großteil der Bevölkerung längst vergessen, das Land Vorarlberg hat sich in den Bundesstaat Oesterreich eingegliedert und nimmt trotz seiner Kleinheit innerhalb dieses Staates eine sehr geachtete Stellung ein.

Ja, klein ist Vorarlberg. Das Gebiet des Landes umfaßt eine Fläche von 3602 Quadratkilometer und zählt 99 Gemeinden mit rund 140,000 Einwohnern. Das Land ist eingeteilt in drei politische Bezirke (Bezirkshauptmannschaften) und in sechs Gerichtsbezirke. Als oberste Verwaltungsbehörde besitzt das Land eine eigene Landesregierung mit dem Sitze in Bregenz, die aus 7 Mitgliedern — 6 Christlichsozialen und 1 Sozialdemokraten — besteht. Die Mitglieder der Landesregierung werden vom Vorarlberger Landtag nach dem Mehrheitswahlverfahren gewählt und sind diesem verantwortlich. An der Spitze der Landesregierung steht der Landeshauptmann; dieser ist zur Zeit auch erster Präsident des Landtages und führt im übertragenen Wirkungskreis auch die bundesstaatlichen Angelegenheiten im Lande. Für die Wahl zum Landtage ist das Land in drei Wahlkreise geteilt. Das Wahlrecht selbst ist, nachdem die Bundesverfassung bestimmt, daß das Wahlrecht zum Landtag nicht enger gezogen sein darf als das Wahlrecht zum Nationalrat, gleich diesem. Es besitzen also alle Männer und Frauen, welche das 21. Lebensjahr vollendet haben und nicht aus besonderen Gründen vom Wahlrechte ausgeschlossen sind, das Wahlrecht. Gewählt wird an einem Sonntag oder sonstigen arbeitsfreien Tag, für die Wahl selbst besteht Wahlpflicht. Unentschuldigtes Fernbleiben von der Wahl wird bestraft. Der Landtag selbst besteht aus 30 Mitgliedern; seine Amtsdauer beträgt 5 Jahre.

Die letzten Landtagswahlen fanden im Jahre 1928 statt; bei diesen Wahlen erhielten die Christlichsozialen 45,350, die Sozialdemokraten 16,254, der Landbund 7324 und die Großdeutschen 6750 Stimmen. Demgemäß entfielen auf die Christlichsozialen 21, auf die Sozialdemokraten 6, auf den Landbund 2 und auf die Großdeutschen 1 Mandat. Die Christlichsozialen verfügen also über die Zweidrittelmehrheit im Landtage. Vorarlberg ist das Land, das in erster Reihe zu den stärksten Hochburgen der Christlichsozialen Partei in Oesterreich zählt. Vorarlberg besitzt einen Bischofssitz, es hat in Feldkirch das bekannte Erziehungsinstitut «Stella Matutina», das von Jesuiten

geleitet wird. Außerdem gibt es im Land ein Privatgymnasium, ein Lehrerseminar, eine Studienanstalt, eine Knaben- und eine Mädchen-Handelsschule sowie verschiedene private Volks- und Bürgerschulen, die unter geistlicher Leitung stehen. Bezeichnend ist, daß auch an den öffentlichen Volksschulen über hundert geistliche Schwestern als Lehrerinnen wirken. Die Zahl der Klöster und Stifte beträgt 22, die der Weltgeistlichkeit, also ohne die der Klosterinsassen, über 220. Geistliche Schwestern findet man in allen Altersheimen, Krankenhäusern, Kindergärten usw. Naturgemäß ist unter diesen Umständen der Einfluß des Klerikalismus ein außerordentlich starker.

Im Verhältnis zur Größe des Landes zählt Vorarlberg zu den industriereichsten Ländern des österreichischen Bundesstaates. Rund 26,000 Personen, die in Industrie, Handel und Gewerbe beschäftigt sind, unterliegen der Krankenversicherung. Die Hauptindustrie des Landes ist die Textilindustrie; die vielen Webereien, Spinnereien usw., in denen viele tausende Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden, erzeugen erstklassige Ware. Bekannt und geschätzt sind auch die Erzeugnisse der Stickereiindustrie, die besonders in den Rheingemeinden sehr verbreitet ist und zur schweizerischen Stickereiindustrie die engsten Verbindungen unterhält. Die Stickereiindustrie leidet sehr unter einer andauernden Krise, aber auch die übrige Industrie macht zur Zeit eine schwere Krise durch. Seit vielen Monaten ist die Textilindustrie zur Kurzarbeit übergegangen, und die Zahl der gänzlich Arbeitslosen ist auch in Vorarlberg außerordentlich angewachsen.

Was die Arbeiterbewegung in Vorarlberg anbelangt, so ist der größte Teil der Arbeiterschaft unorganisiert und auch schwer organisierbar. Der Grund, daß dem so ist, liegt zum Teil in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Vielfach ist der Arbeiter Besitzer eines kleinen Häuschens oder von etwas Grund. Hat er sein Tagewerk im Betriebe beendet, so erwartet ihn zu Hause oder auf dem Felde neue Arbeit. Im Sommer muß er heuen, im Winter holzen, heute muß er für sich eine Arbeit verrichten, morgen seinen Verwandten bei irgendeiner Arbeit helfen. Er findet keine Zeit für die Organisation, und er scheut in Ermangelung des Verständnisses für die Organisation auch den Beitrag zur Organisation. Es gibt natürlich auch andere Gründe, die die Organisationsarbeit erschweren. Einer dieser Gründe ist: die Uneinigkeit der Arbeiterschaft selbst. Während die Unternehmerschaft geschlossen in einer Organisation vereinigt ist, leistet sich die Arbeiterschaft den Luxus, sich in verschiedene Organisationen zu spalten. Neben den freien Gewerkschaften gibt es «christliche» und «deutschvölkische». Wozu in letzter Zeit noch eine neue «Auchgewerkschaft», nämlich die «Unabhängigen» — eine Gründung der Heimwehren —, importiert wurde.

Was die Stärke der einzelnen Gewerkschaften anbelangt, so liegen nur von den freien Gewerkschaften verlässliche Zahlen vor, weshalb es schwer ist, ein wahres Bild zu gewinnen. Einen gewissen Schluß läßt die Zusammensetzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte zu. Diese durch Bundesgesetz geschaffene Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten geht aus allgemeinen Wahlen der in Handel, Gewerbe und Industrie Beschäftigten hervor und besteht aus 40 Mitgliedern. Nach dem auf Grund des Proporztes errechneten Wahlergebnis besitzen in der Kammer die freien Gewerkschaften 20, die christlichen Gewerkschaften 16 und die völkischen Gewerkschaften 4 Mandate. Den Präsidenten der Kammer stellen die freien Gewerkschaften; diese besitzen auch im Vorstand die Mehrheit. Im Verhältnis zu der Gewerkschaftsbewegung in den übrigen österreichischen Bundesländern sind die freien Gewerkschaften in Vorarlberg noch weit zurück. Das gleiche gilt auch in bezug auf die Parteiorganisation. Während beispielsweise in Wien von 100 sozialdemokratischen Wählern bereits 60,27, in Niederösterreich 40,29, in Oberösterreich 36,20, in Salzburg 35,70, in Steiermark 34,90 und selbst in Tirol 24,23 Prozent sozialdemokratisch organisiert sind, sind es in Vorarlberg erst 18,61 Prozent. Vorarlberg steht also auch in bezug auf die politische Organisation von allen österreichischen Bundesländern an letzter Stelle. Immerhin ist die Partei in den letzten Jahren auch in Gebiete eingedrungen, wo es vor nicht allzulanger Zeit noch unmöglich war, auch nur ein Versammlungslokal für die Partei zu erhalten. Wenn sich die politische Entwicklung in diesem Lande langsamer vollzieht als in anderen Bundesländern, so ist dies neben dem großen Einfluß des Klerikalismus nicht zuletzt auch der Taktik der Vorarlberger Christlichsozialen Partei zuzuschreiben, die es im Gegensatz zu den Christlichsozialen in anderen Ländern verstanden hat, eine Politik zu machen, die sich ferne hielt von faschistischen Abenteuern. Es gibt wohl auch in Vorarlberg eine Heimwehrebewegung; sie ist aber nicht von Bedeutung und hat nicht jenen aggressiven Charakter wie die gleiche Bewegung in den übrigen Bundesländern, wo sie übrigens auch bereits ihren Höhepunkt längst überschritten hat.

Auch die in anderen christlichsozial verwalteten Bundesländern eingerissene Defizitwirtschaft fand in Vorarlberg keine Nachahmung. Der Landeshaushalt ist in Ordnung; das Land war sogar in der Lage, trotzdem es den Ausbau der Wasserkräfte sehr gefördert hat, einige Reserven anzusammeln. Die Ordnung im Landeshaushalt und die erwähnte Zurückhaltung gegenüber dem Heimwehrefaschismus haben das Ansehen des Landes innerhalb des Bundesstaates gestärkt und schließlich sicher auch dazu beigetragen, daß der bisherige Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Ender zum Bundeskanzler berufen wurde. Ob es der Re-

gierung Dr. Ender gelingen wird, in Oesterreich eine Politik der Verständigung anzubahnen und die Ueberreste des Austrofaschismus zu liquidieren, bleibt freilich abzuwarten. Bei aller feindlichen Einstellung zum Marxismus ist Dr. Ender Realpolitiker genug, um zu erkennen, daß eine vollkommene Abkehr von dem Kurse der Seipelschen Politik not tut. Diesen Willen zur Abkehr dürfte Dr. Ender sicherlich haben, es fragt sich bloß, ob er auch stark genug ist, seinen Weg trotz allen zu erwartenden Intrigen innerhalb seiner eigenen Partei zu gehen.

Sei dem wie immer, die Tatsache, daß man den neuen Bundeskanzler aus dem kleinen Vorarlberg holte, aus dem Lande, das sich vor 11 Jahren an die Schweiz anschließen wollte, aus dem Lande, wo der demokratische Gedanke im Volke fest verankert ist, läßt erkennen, daß in Oesterreich nach den Wahlen vom 9. November auch innerhalb der Christlichsozialen Partei eine gewisse Ernüchterung Platz gegriffen hat.

Ob diese Ernüchterung von Dauer ist, wird sich weisen. Auf jeden Fall hat die Berufung eines prominenten Vorarlbergers an die Spitze der österreichischen Bundesregierung die Aufmerksamkeit neuerlich auf das Ländchen Vorarlberg gelenkt, auf jenes Ländchen, das in vielen Belangen Aehnlichkeiten mit der Ostschweiz aufweist und in welchem die Idee des Sozialismus wenn auch langsam, so doch stetig marschiert.

Ueber eine unveröffentlichte Schrift von Karl Marx.

Von J. P. Mayer, Berlin.

In dem handschriftlichen Nachlaß von *Karl Marx* findet sich eine unveröffentlichte Schrift, die nach der Vorrede, die Marx dieser Arbeit beigegeben hat, etwa folgenden Titel führen könnte: «Ueber den Zusammenhang der Nationalökonomie mit Staat, Recht, Moral und bürgerlichem Leben nebst einer Auseinandersetzung mit der Hegelschen Dialektik und der Philosophie überhaupt». Ueber die *philologischen* Probleme, die dieses Manuskript zur Lösung aufgibt, soll andernorts gesprochen werden, in diesen Blättern soll lediglich auf die *materiale* Bedeutung dieser Schrift hingewiesen sein.

Es handelt sich bei dieser Arbeit von Marx um kein druckfertiges, in jeder Hinsicht ausgefeiltes Manuskript. Die Arbeit zeigt vielfach konzeptartigen Charakter; Marx ringt hier gegen die ihm überlieferte traditionelle Terminologie mit der Freisetzung seiner eigenen Weltanschauung. Nicht nur, daß dieser frühe Entwurf die eingehendste Auseinandersetzung mit der Hegelschen Philosophie — Philosophie im engeren Sinne im Hinblick auf die Marxsche «Kritik des Hegelschen Staatsrechts»